

## ***Verfahrensbrief Nr. 1***

**Hochbau Paket 2 (VS Wittenburg)  
Verdichterhallen, FU-Gebäude, Gründung Kühler und  
Trafo, EMSR-Gebäude (Filterbereich)**

**(Verhandlungsverfahren mit  
Teilnahmewettbewerb)**

**Stand: 29.06.2026**

**Vergabenummer: 2026-038**

## Inhaltsverzeichnis

Anlagenverzeichnis (Vergabeunterlagen) .....	4
1 Einleitung .....	5
2 Ausgangslage und Beschreibung des Vorhabens .....	5
2.3 Geplanter Ausführungszeitraum .....	7
2.4 Bestandteil der Anfrage .....	7
2.5 Personal- und Abwicklungskonzept .....	8
2.6 Mindestanforderungen an das Angebot .....	8
3 Auftraggeber und Vergabestelle .....	9
4 Sprache .....	9
5 Verfahren und Zeitplan .....	9
5.1 Auftragsbekanntmachung und Teilnahmewettbewerb .....	10
5.2 Angebotsphase I (Erstangebote) und ggf. Vergabeentscheidung .....	11
5.3 Verhandlungsphase .....	12
5.4 Angebotsphase II (finale Angebote/BAFO) und Vergabeentscheidung .....	12
6 Kommunikation (DTVP) .....	13
6.1 Kommunikationsform und Auskünfte .....	13
6.2 Datenverarbeitung .....	13
7 Bereitstellung der Vergabeunterlagen .....	13
8 Einreichung der Teilnahmeanträge/Angebote .....	14
9 Einzureichende Unterlagen .....	15
10 Berggemeinschaften/Bietergemeinschaften .....	16
11 Einsatz von Nachunternehmern (nicht eignungsleihend) .....	17
12 Eignungsleihe .....	17
13 Eignung .....	18
13.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung .....	18
13.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit .....	19
13.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit .....	19
Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss) .....	20
TL2: Nachweise für folgende Zertifizierungen Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss) (der Nachweis gilt für beide Lose): .....	20
14 Zuschlagskriterien und Angebotswertung .....	21
14.1 Preis .....	21
14.2 Personal- und Abwicklungskonzept .....	22



15	Geheimhaltung .....	23
16	Rügeobliegenheiten.....	24
17	Nachprüfungen .....	25
18	Ergänzende Bestimmungen .....	25
18.1	Nachforderung.....	25
18.2	Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen .....	25
18.3	Nebenangebote.....	25
18.4	Ausschluss .....	26
18.5	Entschädigung.....	26
18.6	Aufhebung des Verfahrens.....	26
18.7	Einverständnis des Bewerbers/Bieters.....	26
18.8	Rücknahme von Teilnahmeanträgen/Angeboten .....	26

## **Anlagenverzeichnis (Vergabeunterlagen)**

### Bewerbungsbedingungen

<b>Anlage A.1</b>	Vordrucke und Nachweise (Eignung)
<b>Anlage A.2</b>	Angebotsschreiben
<b>Anlage A.3</b>	Wertungsmatrix (Angebote)
<b>Anlage A.4</b>	Hinweise zum Datenschutz
<b>Anlage A.5</b>	Vertraulichkeitserklärung
<b>Anlage B.1</b>	Leistungsverzeichnis (GAEB-X83)
<b>Anlage B.2</b>	Leistungsbeschreibung inkl. Anlagen (ZIP-Datei), beinhaltet:
<b>Anlage B.3</b>	Verpflichtungserklärung DSGVO
<b>Anlage B.4</b>	[entfällt in dieser Ausschreibung]
<b>Anlage B.5</b>	Bau- und Montagebedingungen der GASCADE Gastransport GmbH, Juli 2021
<b>Anlage B.6</b>	Vertrag (wird mit Aufforderung zur Abgabe eines Erstantgebotes zugänglich gemacht, vgl. Nr. 5.2)

## **1 Einleitung**

Die nachfolgenden Hinweise zum Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb sollen die Teilnehmer innerhalb des Verfahrens unterstützen, einen ordnungsgemäßen Teilnahmeantrag und später ordnungsgemäße Angebote abzugeben. Die Angaben im Teilnahmeantrag müssen wahrheitsgemäß erfolgen. Unzutreffende Angaben können zum Ausschluss des Bewerbers führen.

Die vorliegenden Unterlagen dürfen nur zur Erstellung des aktuellen Teilnahmeantrages verwendet werden. Jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) oder Weitergabe an Dritte, ist ohne schriftliche Genehmigung des Auftraggebers unzulässig.

Die vorliegende Unterlage stellt den vorgesehenen Ablauf sowie die generellen Regeln und Formalitäten des Verfahrens vor.

Zur besseren Lesbarkeit werden in dieser Unterlage und den weiteren Vergabeunterlagen personenbezogene Bezeichnungen, die sich zugleich auf Frauen, Männer und Diverse beziehen, generell nur in der im Deutschen üblichen männlichen Form angeführt, also z.B. "Mitarbeiter". Dies soll jedoch keinesfalls eine Geschlechterdiskriminierung oder eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes zum Ausdruck bringen.

Dieser Auftrag unterliegt dem Bundestariftreuegesetz (BTTG) vom 30.04.2026 (BGBl. 2026 I Nr. 119). Bieter werden darauf hingewiesen, dass die Ausführung dieses Auftrags an die Verpflichtung geknüpft ist, den eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mindestens die tariflichen Arbeitsbedingungen zu gewähren, die in einer gemäß § 5 BTTG für die ausgeführten Tätigkeiten einschlägigen Rechtsverordnung festgesetzt sind. Mit Angebotsabgabe ist eine entsprechende Erklärung (Tariftreueversprechen) abzugeben. Diese Verpflichtung wird verbindliche Ausführungsbedingung des Vertrages.“

## **2 Ausgangslage und Beschreibung des Vorhabens**

### **2.1 Gesamt-Projektbeschreibung**

Die GASCADE Gastransport GmbH plant und baut im Auftrag der NEL Gastransport den Neubau der Verdichterstation Wittenburg (nachstehend „VS Wittenburg“ genannt) einschließlich einer Absperrstation. Die GASCADE Gastransport GmbH plant und baut im Auftrag der NEL Gastransport den Neubau der Verdichterstation Wittenburg (nachstehend „VS Wittenburg“ genannt) einschließlich einer Absperrstation.

Der Neubau der VS Wittenburg ist eine Änderung an der vorhandenen und in Betrieb befindlichen Gashochdruckleitung Nordeuropäische Erdgasleitung (nachstehend „NEL“ genannt). Das Bauvorhaben liegt im Landkreis Ludwigslust-Parchim auf und beidseitig der Verwaltungsgrenze zwischen der Stadt Wittenburg und der Gemeinde Bobzin nord-östlich der Landstraße L 04.

Der Stationsneubau der VS Wittenburg ist auf Höhe des Leitungskilometers 198 unmittelbar nördlich der Leitungstrasse der NEL geplant. Die NEL wird hierzu aus ihrer ursprünglichen Trasse auf das Stationsgelände, wo eine Absperrstation zur Einbindung der NEL in die geplante VS errichtet wird, wieder zurück in die ursprüngliche Trasse geführt.

Der Anschluss der Verdichterstation erfolgt über eine Absperrstation zur Einbindung in die NEL.

Die Verdichterstation besteht aus drei Elektro-Verdichter Einheiten (E-VD) in entsprechenden Verdichterhallen mit Räumen für die EMSR-Technik sowie allen notwendigen Hilfssystemen (Trafo, Kühler, usw.), einem zentralen Headersystem sowie Filterabscheider zur Reinigung der zugeführten Gasmengen.

Auf dem Stationsgelände der neuen Verdichterstation Wittenburg sollen u.a. folgende Gebäude und Anlagen errichtet werden:

- 3 Verdichterhallen mit EMSR-Räumen und Gaskühlern
- 3 Trafoeinhausungen
- Rohrgraben, Rohrleitungsverschaltungen, Armaturen und Filter
- Betriebsgebäudes (BG) mit EMSR-Schaltraum
- EMSR-Schalträume (EMSR-Filter und EMSR-Pipeline)
- Energiezentrale (EZ) mit Nieder- und Mittelspannungsraum
- Notstromcontainer
- Lagergebäude
- Gerätelager
- Nebengebäude: Multiport (Gerätelager) und Flaschenlager
- Löschwasserbehälter
- Zaunanlage mit Videoüberwachung

Des Weiteren werden alle für den Betrieb der Verdichterstation erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen (Straßen, Abwasser-, Frischwasser- und Löschwasserleitungen, Kabelzugsysteme, erdverlegte Stromleitungen usw., Stationsbeleuchtung und Kamerasystem) sowie Fundamente und Gründungen für die Gasrohrleitungen, Stahlbühnen erstellt.

## **2.2 Baubeschreibung und Leistungsüberblick**

Auf dem Stationsgelände sollen folgende Stationsgebäude errichtet werden:

- Betriebsgebäude (Ausschreibungspaket 1)
- Energiezentrale (Ausschreibungspaket 1)
- EMSR-Schaltraum (Ausschreibungspaket 2)
- Verdichterhallen mit EMSR-Raum und Trafoeinhausungen (Ausschreibungspaket 2)
- Lagergebäude (Ausschreibungspaket 3)
- Multiport (Gerätelager) und Flaschenlager (Ausschreibungspaket 3)

Die Ausschreibungspakete der Gebäude werden nach Projektfortschritt im Verlauf des Jahres 2026 am Markt angefragt.

Mit der vorliegenden Ausschreibung werden die Gebäude für das Ausschreibungspaket 2 angefragt.

Bestandteil des Ausschreibungspaketes 2 sind folgende Gebäude und Bauteile

- Verdichterhalle 1 mit EMSR-Raum 1  
sowie Stellplatz für Trafo 1 und Gründung für den FU-Kühler 1
- Verdichterhalle 2 mit EMSR-Raum 2  
sowie Stellplatz für Trafo 2 und Gründung für den FU-Kühler 2
- Verdichterhalle 3 mit EMSR-Raum 3  
sowie Stellplatz für Trafo 3 und Gründung für den FU-Kühler 3
- EMSR-Schaltraum im Filterbereich

Die Verdichterhallen mit den angrenzenden EMSR-Gebäuden und den Gründungen sind baugleich. Auf den Zeichnungen ist die Verdichterhalle 1 mit den Nebenanlagen dargestellt, die Bezüge auf die Stationskoordinaten gelten nur für die Verdichterhalle 1. Die Pläne werden rechtzeitig vor Baubeginn angepasst und ergänzt.

Die genauen Abmessungen sind den beiliegenden Plänen zu entnehmen.

### **2.3 Geplanter Ausführungszeitraum**

Der Baubeginn ist für Februar 2027 geplant.

### **2.4 Bestandteil der Anfrage**

Bestandteil der Ausschreibung sind Bauleistungen für 3 Verdichterhallen mit anschließendem EMSR. Schaltraum (FU-Raum), und dazugehörigem Stellplatz für den Trafo und Gründung für den Kühler und ein einzeln stehendes EMSR-Gebäude (EMSR Filter).

Neben den Bauleistungen werden auch Planungsleistungen angefragt, siehe gesonderter Titel und Einzelpositionen.

Nicht oder nur zum Teil im Angebot enthalten sind die Arbeiten für Heizung, Lüftung, Sanitär, Elektro sowie die Außenanlagen. Die genaue Beschreibung der Leistungsabgrenzung siehe in den Beschreibungen der Abschnitte Technische Gebäudeausrüstung sowie Außenanlagen. Der Bieter hat sein Angebot so zu kalkulieren, dass die kompletten Planungsleistungen und Bauleistungen sowie die erforderlichen Nebenleistungen für die termingerechte und funktionsfertige Erstellung enthalten sind. Bei Unstimmigkeiten zwischen den zur Verfügung gestellten Unterlagen ist eine Klärung vor Angebotsabgabe erforderlich und zu protokollieren.

## **Alternativangebote**

Der Bieter kann von der beschriebenen Bauweise abweichen, wenn die angebotene Alternative den geforderten Funktions- und Qualitätsanforderungen (Raumgrößen, Statik, Brandschutz) mindestens entsprechen und zu wirtschaftlicheren Lösungen führt. Die äußeren Abmessungen müssen im Wesentlichen den in den Plänen dargestellten Maßen entsprechen. Der Nachweis der Gleichwertigkeit obliegt dem Bieter/Auftragnehmer.

Sollten durch alternativ angebotene Lösungen weitere Planung erforderlich werden (z.B. Ergänzungen und/oder Änderungen an der Statik), so sind diese Planungen im Angebotspreis mit enthalten. Änderungen an der Statik müssen von einem Prüfstatiker geprüft werden (die Prüfgebühren hierfür übernimmt der AG), daher sind die Unterlagen rechtzeitig vor Ausführung beim Prüfenieur einzureichen, so dass der Baufortschritt und die termingerechte Fertigstellung nicht behindert wird.

Die Abgabe von Alternativangeboten ist freiwillig und im LV gekennzeichnet und beschrieben.

## **2.5 Personal- und Abwicklungskonzept**

Folgende Punkte müssen in dem Personal- und Abwicklungskonzept enthalten sein:

- Projektorganigramm
- HSE Konzept mit Arbeitssicherheit und Umweltschutz
- Qualitätsmanagement
- Arbeitsvorbereitung mit Bauablaufplanung und Termin- und Bauzeitenplan
- Baustellenorganisation (inkl. Bedarf Baustelleneinrichtung)
- Personal- und Geräteeinsatz
- Claim Management

## **2.6 Mindestanforderungen an das Angebot**

Das Personal- und Abwicklungskonzept ist über die gesamte Projektlaufzeit abzubilden. Dieses soll projektspezifisch und detailliert darstellen und erläutern, wie der Bieter den Auftrag im Fall der Zuschlagserteilung praktisch umsetzen wird. Die Erläuterungen und Darstellungen müssen so gestaltet sein, dass durch das Bewertungsgremium (AG) beurteilt werden kann, wie der Bieter vorsieht, die termin-, qualitäts- und kostengerechte Abwicklung des Auftrags über die gesamte Projektlaufzeit sicherzustellen und alle in der Leistungsbeschreibung aufgeführten Leistungen vollständig zu erfüllen.

Mit Abgabe des Angebotes bestätigt der Bieter die nachfolgenden Unterlagen zur Kalkulationsbewertung heran gezogen zu haben:

1. Dass die „Vorbemerkungen Gebäudepaket 2“ verstanden und in die Kalkulation eingeflossen ist.
2. Dass die beigefügten Anlagen verstanden und in die Kalkulation eingeflossen sind.
3. Dass der Bieter sich mit den Örtlichkeiten vertraut gemacht hat.



4. Dass die ausgeschriebenen Preisverzeichnisse „Verdichterhallen VS Wittenburg“ vollständig verpreist wird.

### **3 Auftraggeber und Vergabestelle**

Auftraggeber und Vergabestelle ist die:

NEL Gastransport GmbH  
Kölnische Straße 108-112  
34119 Kassel  
Deutschland  
E-Mail: [vergabe@gascade.de](mailto:vergabe@gascade.de)  
Telefon: +49 561 934-0

### **4 Sprache**

Verfahrenssprache ist Deutsch. Für die Vergabe- und Vertragsunterlagen, den Schriftverkehr, die Abwicklung des Vertrags gilt die Originalsprache Deutsch.

### **5 Verfahren und Zeitplan**

Das Vergabeverfahren wird als Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gemäß §§ 119 Abs. 5, 141 Abs. 1 GWB, § 15 Abs. 1 SektVO durchgeführt.

Das Verhandlungsverfahren ist ein Verfahren, bei dem sich der Auftraggeber mit oder ohne Teilnahmewettbewerb an ausgewählte Unternehmen wendet, um mit einem oder mehreren dieser Unternehmen über die Angebote zu verhandeln (§ 119 Abs. 5 GWB).

Das Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb gliedert sich in vier Phasen:

- |          |  |
|----------|--|
| Phase 1: | Teilnahmewettbewerb  |
| Phase 2: | Angebotsphase I (Erstangebote)   |
| Phase 3: | Verhandlungsphase  |
| Phase 4: | Angebotsphase II (Best and Final Offer (BAFO)) und Vergabeentscheidung |

Zeitraum	Vorgang
29.06.2026	Absendung der europaweiten Auftragsbekanntmachung
17.07.2026	Frist zur Fragestellung (Teilnahmewettbewerb)
23.07.2026.	Bereitstellung eines finalen Fragen-Antworten-Katalogs (Teilnahmewettbewerb)
30.07.2026, 12:00 Uhr	Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge
KW 32 (voraussichtlich)	Benachrichtigung der Bewerber über den Ausgang des Teilnahmewettbewerbs und Versendung der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes an die geeigneten Bewerber
KW 39(voraussichtlich)	Ende Angebotsphase I
KW 40 (voraussichtlich)	Verhandlungstermine mit den Bietern bzw. Auswahl des Bestbieters/ Zuschlagsentscheidung/ Versand des Vorabinformationsschreibens
KW 43 (voraussichtlich)	Ggf. Ende Angebotsphase II
KW 44 (voraussichtlich)	Ggf. Auswahl des Bestbieters/ Zuschlagsentscheidung/ Versand des Vorabinformationsschreibens
KW 46 (voraussichtlich)	Ggf. Zuschlagserteilung/Vertragsschluss
31.12.2026	Bindefrist

Der dargestellte Ablauf und die nachfolgend genannten Termine geben lediglich den derzeitigen Planungsstand wieder. Sie sind – mit Ausnahme der Fristen zur Einreichung von Fragen im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs und des Teilnahmeantrags selbst – nicht verbindlich und können von der Vergabestelle jederzeit geändert werden. Insbesondere behält sich die Vergabestelle vor, weitere Verhandlungsrunden durchzuführen.

**Bitte beachten Sie, dass der Auftraggeber sich vorbehält, den Zuschlag ohne Verhandlungen bereits auf der Grundlage der Erstangebote zu erteilen. Die Erstangebote müssen daher alle Mindestanforderungen erfüllen und dürfen keine Änderungen an den Vergabeunterlagen enthalten, so dass sie ohne vorherige Verhandlungen angenommen werden können.**

Angebote, die nicht alle Mindestanforderungen erfüllen oder Änderungen an den Vergabeunterlagen enthalten, werden ausgeschlossen.

## 5.1 Auftragsbekanntmachung und Teilnahmewettbewerb

Das Verfahren beginnt mit der öffentlichen Auftragsbekanntmachung im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union und der Aufforderung zur Abgabe von Teilnahmeanträgen. In der Auftragsbekanntmachung wird über einen Link auf das Vergabeportal „DTVP“ verwiesen.

Die **Anlagen** sind auf dem Vergabeportal veröffentlicht.

Eine Ausnahme gilt für die **Anlagen B.1 Leistungsverzeichnis, B.2 Leistungsbeschreibung inkl. Anlagen und B.4 GASCADE\_Ingenieurhandbuch** (vgl. Anlagenverzeichnis). Diese sind Teil der Vergabeunterlagen und enthalten besonders vertrauliche und schutzbedürftige Angaben. Daher fordert der Auftraggeber die Bewerber zur Abgabe einer Vertraulichkeitserklärung (**Anlage A.5**) auf (vgl. § 5 Abs. 3 Satz 2 SektVO). Diese kann über die Nachrichtenfunktion von DTVP eingereicht werden. Dem Bieter werden die besonders vertraulichen und schutzbedürftigen Vergabeunterlagen sodann zeitnah nach Erhalt der Vertraulichkeitserklärung über die Nachrichtenfunktion DTVP zur Verfügung gestellt werden.

Dem Bieter werden die besonders vertraulichen und schutzbedürftigen Vergabeunterlagen sodann zeitnah nach Erhalt der Vertraulichkeitserklärung über die Nachrichtenfunktion DTVP zur Verfügung gestellt werden.

Auf Grundlage der Vergabeunterlagen (Anlagen A. und B.) erarbeiten die Bewerber bzw. Bewerber-/Bietergemeinschaften einen Teilnahmeantrag.

Am **30.07.2026, 12:00 Uhr (Systemzeit DTVP)**, endet die Frist zur Einreichung der Teilnahmeanträge. Anschließend werden die Teilnahmeanträge geöffnet und geprüft. Auf Grundlage der von den Bewerbern eingereichten Erklärungen und Nachweise werden unter den Bewerbern diejenigen ausgewählt, die die veröffentlichten Eignungskriterien erfüllen.

Grundlage der Eignungsprüfung sind die in der Auftragsbekanntmachung und diesem Verfahrensbrief unter Nr. 13 genannten Bedingungen.

## **5.2 Angebotsphase I (Erstangebote) und ggf. Vergabeentscheidung**

Die Vergabeunterlagen werden mit der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes gegebenenfalls weiter konkretisiert und aktualisiert. Mit der Aufforderung zur Abgabe eines Erstangebotes erhalten die Bieter die **Anlage A.2 Angebotsschreiben, B.6 Vertrag** und ggf. weitere Vergabeunterlagen.

Die Erstangebote werden geprüft und anhand der bekanntgemachten Zuschlagskriterien bewertet. Der Auftraggeber gibt unter Berücksichtigung der Erstangebote bekannt, ob er den Zuschlag auf der Grundlage der Erstangebote erteilt oder Verhandlungsgespräche führen wird.

Entscheidet sich der Auftraggeber dazu, den Zuschlag bereits auf der Grundlage der Erstangebote zu erteilen, wird der Auftraggeber die Bieter, die auf der Grundlage der veröffentlichten Zuschlagskriterien keinen Erfolg hatten, gemäß § 134 Abs. 1 GWB in Textform auf elektronischem Weg vorab informieren. Über die Zuschlagserteilung erfolgt eine gesonderte Unterrichtung nach § 56 SektVO.

Entscheidet sich der Auftraggeber für die Durchführung von Verhandlungsgesprächen, geht das Verfahren mit der Verhandlungsphase weiter.

### 5.3 Verhandlungsphase

Sofern der Auftraggeber den Zuschlag nicht bereits auf der Grundlage der Erstantgebote erteilt hat, beginnt mit dem Abschluss der Angebotsphase I die Verhandlungsphase. Der Auftraggeber lädt die Bieter, die ein wertungsfähiges erstes Angebot abgegeben haben, zu einem Verhandlungsgespräch ein.

Die Verhandlungsgespräche haben das Ziel, die Angebote inhaltlich zu verbessern. Gegenstand der Verhandlungen können grundsätzlich Auftragsinhalt, Auftragsbedingungen und sämtliche Bestandteile der Angebote sein, nicht aber die in den Vergabeunterlagen festgelegten Mindestanforderungen und Zuschlagskriterien sowie die Identität des ausgeschriebenen Beschaffungsgegenstandes.

Der Auftraggeber behält sich vor, im Rahmen der Verhandlungsphase sukzessive die Anzahl der Bieter weiter nach Maßgabe der veröffentlichten Zuschlagskriterien zu reduzieren.

Die Verhandlungen werden voraussichtlich **in der KW 40/26** stattfinden. Die Angebotsinhalte werden geheim gehalten, die Verhandlungen getrennt mit den jeweiligen Bietern individuell geführt.

Die Terminierung der Gesprächstermine bzw. Verhandlungen erfolgt durch jeweilige individuelle Einladung. Die Bieter haben unverzüglich nach Eingang ihrer jeweiligen Einladung mitzuteilen, welche Personen von ihrer Seite an dem jeweiligen Termin teilnehmen werden.

### 5.4 Angebotsphase II (finale Angebote/BAFO) und Vergabeentscheidung

Der Auftraggeber wird den Abschluss der Verhandlungsphase erklären und die verbliebenen Bieter auf der Grundlage der Verhandlungsergebnisse und der ggf. überarbeiteten Vergabeunterlagen unter Festlegung einer einheitlichen Frist zur Einreichung finaler Angebote auffordern.

Die eingegangenen finalen Angebote werden auf Vollständigkeit und Richtigkeit geprüft. Im Rahmen einer Aufklärungsrunde werden – soweit erforderlich – missverständliche oder ungenaue Angaben in den Angeboten aufgeklärt. Anschließend werden die Angebote anhand der bekanntgegebenen Zuschlagskriterien bewertet und das wirtschaftlichste Angebot ermittelt. Das wirtschaftlichste Angebot erhält den Zuschlag.

Die Bieter sind nach der Einreichung ihrer finalen Angebote an ihre Angebote und deren Inhalte bis einschließlich zum **31.12.2026** (Bindefrist) gebunden. Bis zum Ablauf der Bindefrist können die Angebote nicht zurückgezogen und auch inhaltlich nicht geändert werden. Für den Fall, dass aufgrund von Verzögerungen ein Zuschlag bis zum Ablauf der Bindefrist nicht wirksam erfolgen kann, behält sich der Auftraggeber vor, die Bieter zu einer Verlängerung der Bindefrist aufzufordern.

Die Bieter, die auf Grundlage der veröffentlichten Zuschlagskriterien keinen Erfolg hatten, werden gemäß § 134 Abs. 1 GWB in Textform auf elektronischem Weg vorab informiert. Über die Zuschlagserteilung erfolgt eine gesonderte Unterrichtung nach § 56 SektVO.

Sollte ein Zuschlag nicht in Betracht kommen oder das Vergabeverfahren aus sonstigen Gründen aufgehoben werden müssen, werden die Bieter in Textform auf elektronischem Weg informiert.

## **6 Kommunikation (DTVP)**

Die Kommunikation zwischen der Vergabestelle und den Bietern erfolgt über den gesamten Verfahrenszeitraum über die Vergabeplattform DTVP.

### **6.1 Kommunikationsform und Auskünfte**

Weitere Informationen zu diesem Vergabeverfahren, Änderungen an den Vergabeunterlagen, die Beantwortung von Bewerber-/Bieterfragen oder sonstige verfahrensrelevante Informationen werden auf DTVP bereitgestellt.

Alle Fragen sind über DTVP zu stellen. Zu den Fristen wird auf Nr. 5 (Verfahren und Zeitplan) verwiesen.

Jede sonstige Kontaktaufnahme zur Vergabestelle bzw. zu Mitarbeitern des Auftraggebers ist unerwünscht und kann nach pflichtgemäßem Ermessen der Vergabestelle zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen (Grundsatz der Verfahrensintegrität). Mündliche oder telefonische Rückfragen werden nicht beantwortet.

### **6.2 Datenverarbeitung**

Im Rahmen des vorliegenden Vergabeverfahrens werden von im Verfahren tätigen natürlichen Personen personenbezogene Daten erhoben und verarbeitet. Dies betrifft u.a. die Namen, Adressangaben sowie Angaben zur beruflichen Tätigkeit und beruflichen Qualifikation.

## **7 Bereitstellung der Vergabeunterlagen**

Die Vergabeunterlagen können – bis auf die **Anlagen A.2 Angebotsschreiben, B.1 Leistungsverzeichnis, B.2 Leistungsbeschreibung inkl. Anlagen und B.4 GASCADE\_Ingenieurhandbuch** – gemäß § 41 Abs. 1 SektVO unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt auf DTVP abgerufen werden.

Das Abrufen der Vergabeunterlagen auf DTVP ist ohne vorherige Registrierung möglich, die aktive Teilnahme am Vergabeverfahren, insbesondere die Kommunikation mit der Vergabestelle und die elektronische Abgabe eines Angebotes durch den Bieter setzt eine Registrierung hingegen zwingend voraus.

Bei Fragen zur Nutzung des Vergabeportals DTVP, insbesondere bei Fragen zur technischen Abwicklung, hat sich der Bieter an den Betreiber des Vergabeportals zu wenden:

E-Mail: [support@cosinex.de](mailto:support@cosinex.de)  
Tel. +49 900 1 267463 (kostenpflichtig)

Die Servicezeiten der Hotline sind Montag bis Freitag jeweils von 07.00 bis 17.00 Uhr.

Eine ausbleibende Registrierung und/oder eine fehlende Kenntnisnahme von durch den Auftraggeber auf DTVP bereitgestellten Informationen zu diesem Vergabeverfahren, Änderungen an den Vergabeunterlagen, Beantwortung von Bieterfragen oder sonstigen verfahrensrelevanten Informationen gehen zu Lasten des jeweiligen Bieters.

Die **Anlagen B.1 Leistungsverzeichnis, B.2 Leistungsbeschreibung inkl. Anlagen und B.4 GASCADE\_Ingenieurhandbuch** enthalten besonders vertrauliche und schutzbedürftige Angaben. Daher fordert der Auftraggeber die Bieter zur Abgabe einer Vertraulichkeitsvereinbarung (**Anlage A.5 Vertraulichkeitsvereinbarung**) auf (§ 5 Abs. 3 Satz 2 SektVO). Diese kann über die Nachrichtenfunktion von DTVP eingereicht werden. Dem Bewerber/Bieter wird die vorbezeichnete besonders vertrauliche und schutzbedürftige Anlage sodann zeitnah nach Erhalt der Vertraulichkeitsvereinbarung über die Nachrichtenfunktion DTVP zur Verfügung gestellt werden.

Die Anlagen **A.2 Angebotsschreiben** und **B.6 Vertrag** werden zur Angebotsabgabe mitgesendet.

## 8 Einreichung der Teilnahmeanträge/Angebote

Die Teilnahmeanträge/Angebote sind bis spätestens am

**30.07.2026, 12:00 Uhr (Systemzeit DTVP)**

über das „Bietertool“ des DTVP elektronisch einzureichen. Das Bietertool ist eine Desktop-Anwendung, die sich über eine Webstart-Technologie automatisch installiert, sofern der Prozess der Abgabe eines elektronischen Angebots aus dem virtuellen Projektraum des entsprechenden Vergabeverfahrens heraus gestartet wurde.

Bei der Abgabe der Teilnahmeanträge/Angebotsabgabe ist die Größenbeschränkung für die maximal zulässige Dateigröße zu beachten. Die Größe des unter Nutzung des Bietertools abzugebenden elektronischen Angebotes ist auf 500 MB beschränkt.

Bitte beachten Sie, dass der Auftraggeber keine Abgabe der Teilnahmeanträge/Angebote auf dem Postweg, per E-Mail oder per Telefax zulässt. Etwaige postalisch, per E-Mail oder per Telefax eingereichte Teilnahmeanträge/Angebote werden vom Vergabeverfahren ausgeschlossen.

Eine fortgeschrittene oder qualifizierte elektronische Signatur ist nicht notwendig.

Die Teilnahmeanträge/Angebote sind in Textform nach § 126b BGB abzugeben. Im Unterschied zur Schriftform bedarf es keiner eigenhändigen Unterschrift, jedoch müssen der Unternehmensname und der Name der vertretungsberechtigten natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, erkennbar sein. Die Angabe gilt für den gesamten Teilnahmeantrag/das gesamte Angebot und ist rechtsverbindlich. Mit dem vollständigen Hochladen des formgerechten Teilnahmeantrags/Angebots gelten alle weiteren eingereichten Unterlagen als vom Bewerber/Bieter rechtswirksam abgegeben. Bei Teilnahmeanträgen/Angeboten von Bewerbungsgemeinschaft/Bietergemeinschaften muss der Teilnahmeantrag/das Angebot von dem bevollmächtigten Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft/Bietergemeinschaft in Textform nach § 126b BGB eingereicht und hochgeladen werden.

Ggf. erforderliche Erklärungen Dritter sind durch den Dritten eigenhändig zu unterschreiben und durch den Bewerber/Bieter beizufügen. Dritte im vorstehenden Sinne sind Mitgliedsunternehmen einer Bewerbungsgemeinschaft/Bietergemeinschaft, Nachunternehmer und Eignungsverleihende-Unternehmen.

## **9 Einzureichende Unterlagen**

Mit dem Teilnahmeantrag sind die folgenden Unterlagen auszufüllen und mit den dort genannten Nachweisen einzureichen:

- Ausgefüllte **Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung)**
- Nachweis der Zertifizierung eines QM Systems durch DIN EN ISO 9001 oder vergleichbarer Norm im Bereich der angefragten Leistungen
- Nachweis der Zertifizierung eines Arbeitsschutzmanagementsystems durch DIN EN ISO 45001, SCC oder vergleichbarer Norm
- Nachweis der Zertifizierung eines Umweltmanagementsystems durch DIN EN ISO 14001 oder vergleichbarer Norm
- Nachweis der Zertifizierung GW 381 des DVGW Regelwerks für Bauunternehmen im Leitungstiefbau
- Nachweis der Zertifizierung eines Energiemanagementsystems durch DIN EN ISO 50001 oder vergleichbarer Norm im Bereich der angefragten Leistungen
- Nachweis Zertifikat Entsorgungsfachbetrieb gemäß §25 EfbV
- Nachweis Zertifikat Fachbetrieb nach Wasserhaushaltsgesetz (WHG)
- Nachweis Zertifikat Einbau von Abwasserleitungen und -kanälen unterschiedlicher Werkstoffe in offener Bauweise mit den dazugehörigen Bauwerken, insbesondere in einer charakteristischen Tiefe der Baugrubensohle von größer 5m unter erschwerten Bedingungen und unter Einsatz technisch anspruchsvoller Bauverfahren durch Gütezeichen RAL Kanalbau AK2 des Güteschutz Kanalbau e.V. oder vergleichbar
- Gültiger Nachweis der Eignung zum Einbau von Beton mit höherer Festigkeit und besonderen Eigenschaften (Beton der Überwachungsklasse 2 und 3)

Nach erfolgter Eignungsprüfung sind dann mit allen Angeboten einzureichen

- Ausgefüllte **Anlage A.2 Angebotsschreiben**;
- Ausgefüllte/bepreiste **Anlage B.1 Leistungsverzeichnis (GAEB-X83) und als PDF-Datei**;
- Ausgefüllte **Anlage B.3 Verpflichtungserklärung DSGVO**;
- Ein **Personal- und Abwicklungskonzept** gemäß den Vorgaben in Nr. 2.5.

## 10 Bewerbergemeinschaften/Bietergemeinschaften

Bewerbergemeinschaften/Bietergemeinschaften können in diesem Vergabeverfahren einen Teilnahmeantrag/Angebote abgeben, wenn deren Bildung keinen Verstoß gegen das Wettbewerbsrecht begründet.

Bewerbergemeinschaften/Bietergemeinschaften werden nach § 43 Abs. 2 Satz 1 SektVO wie Einzelbewerber/Einzelbieter behandelt.

Jede Bewerbergemeinschaft/Bietergemeinschaft hat mit ihrem Teilnahmeantrag/Angebot eine Erklärung aller Mitglieder abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der während des gesamten Vergabeverfahrens sowie im Falle der Auftragserteilung über die gesamte Vertragslaufzeit bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
- in der erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- in der erklärt wird, dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Neben der gemeinschaftlichen Erklärung sind für jedes Mitgliedsunternehmen die in dem Vordruck zur Bewerbergemeinschaftserklärung/Bietergemeinschaftserklärung (**Anlage A1** Vordrucke und Nachweise (Eignung)), **Vordruck 1.2**) genannten Unterlagen vorzulegen.

Die Bewerbergemeinschaftserklärung/Bietergemeinschaftserklärung muss die Anforderungen für Erklärungen Dritter bei der elektronischen Angebotsabgabe einhalten (vgl. Nr. 9).

Die Eignungsanforderungen können für die Bewerbergemeinschaft/Bietergemeinschaft insgesamt abgegeben werden.

Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft/Bietergemeinschaft dürfen sich ferner nur an einer Bewerbergemeinschaft/Bietergemeinschaft beteiligen. Die Beteiligung an mehreren Bewerbergemeinschaften/Bietergemeinschaften ist unzulässig. Im Falle der Zuwiderhandlung werden die betreffenden Bewerbergemeinschaften/Bietergemeinschaften ausgeschlossen.

Der Auftraggeber wird ausnahmsweise von einem Angebotsausschluss absehen, wenn bei Angebotsabgabe plausible Gründe für die Doppelbeteiligung dargestellt werden und die



betreffende Bewerbergemeinschaft/Bietergemeinschaft nachweist, dass ein Verstoß gegen den Grundsatz des Geheimwettbewerbs nicht vorliegt.

Bewerbergemeinschaften, die den Teilnahmewettbewerb bestehen, nehmen im Falle der Zulassung zur Angebotsphase I als Bietergemeinschaften am Wettbewerb teil.

## **11 Einsatz von Nachunternehmern (nicht eignungsleihend)**

Beabsichtigt der Bewerber/Bieter, Teile des Auftrags durch Nachunternehmer zu erbringen – ohne sich zugleich auf deren wirtschaftliche und/oder finanzielle sowie technische und/oder berufliche Leistungsfähigkeit zu berufen – sind die hiervon betroffenen Auftrags-/Leistungsanteile – soweit dies im Zeitpunkt der Abgabe des Teilhmeantrags/Angebots bereits feststeht – im Angebot anzugeben und der/die Nachunternehmer zu benennen **Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 2)**.

Für den benannten Nachunternehmer sind zudem die in dem vorbezeichneten Vordruck (**Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 2)** genannten Unterlagen vorzulegen.

Eine Nachunternehmervergabe nach Vertragsschluss erfordert die vorherige Einwilligung des Auftraggebers.

Auf die Grundsätze der Einbindung von Nachunternehmen gem. § 34 SektVO wird hingewiesen. Der Auftraggeber behält sich insbesondere vor, vor Zuschlagserteilung innerhalb einer vom Auftraggeber festgelegten Frist die Ersetzung eines Nachunternehmers zu verlangen, sofern hinsichtlich des Nachunternehmers ein zwingender Ausschlussgrund im Sinne des § 123 GWB oder ein fakultativer Ausschlussgrund im Sinne des § 124 GWB vorliegt.

Bei der Vergabe von Nachunternehmeraufträgen sind mittelständische Interessen durch den Hauptauftragnehmer vornehmlich zu berücksichtigen.

## **12 Eignungsleihe**

Beabsichtigt der Bewerber/Bieter sich bei der Erfüllung dieses Auftrags gemäß § 47 SektVO im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen zu bedienen („Eignungsleihe“), so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen und die dort genannten Unterlagen auch für das andere Unternehmen vorlegen. Er hat insbesondere den Namen und die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen (**Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 4 und 5)** dieser Unternehmen vorzulegen.

Ein anderes Unternehmen i.S.v. § 47 SektVO kann nicht nur ein selbständiges, von dem Bieter rechtlich verschiedenes Unternehmen (z.B. Nachunternehmen) sein. Hierunter sind auch konzernverbundene bzw. konzernangehörige Unternehmen zu verstehen.

Nimmt der Bewerber/Bieter im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe nach § 47 SektVO die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung“ abzugeben (**Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 5**).

Der Bewerber/Bieter kann jedoch im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche berufliche Leistungsfähigkeit wie Ausbildungs- und Befähigungsnachweise oder die einschlägige berufliche Erfahrung (z.B. Referenzen) die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden (vgl. § 47 Abs. 1 Satz 3 SektVO). Das bedeutet, dass das jeweilige Drittunternehmen als Nachunternehmer eingesetzt werden muss.

Der Bewerber/Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

Im Übrigen wird auf § 47 SektVO verwiesen.

### 13 Eignung

Öffentliche Aufträge im Sektorenbereich werden an geeignete Unternehmen vergeben, die anhand objektiver Kriterien gemäß §§ 142 Nr. 1, 122 Abs. 1 und 2 GWB ausgewählt und nicht nach § 123 oder § 124 GWB ausgeschlossen worden sind.

Mit dem Teilnahmeantrag ist die Eignung für die zu vergebende Leistung nachzuweisen. Bewerber/Bieter haben die geforderten und nachfolgend aufgeführten Unterlagen (Eigenerklärungen, Angaben, Bescheinigungen und sonstige Nachweise) zum Beleg ihrer Eignung und zum Beleg des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen in deutscher Sprache mit dem Teilnahmeantrag einzureichen (§§ 42 ff. SektVO). Die einzureichenden Unterlagen sind insbesondere auch der **Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung)** zu entnehmen.

Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung ins Deutsche beizufügen.

Der Auftraggeber legt folgende objektive Eignungskriterien fest:

#### 13.1 Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

- PL1: Nachweis der Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister nach Maßgabe der Rechtsvorschriften des Landes, in dem der Bieter ansässig ist (in nicht beglaubigter Kopie), sofern der Bieter in das Berufs- oder Handelsregister eingetragen ist.

Für den Fall der Nichteintragung:

Die Vorlage einer Gewerbeanmeldung (für ausländische Bieter: Oder vergleichbar). Der Nachweis muss mindestens die vertretungsberechtigten Personen ausweisen.

Der Nachweis kann in (nicht beglaubigter) Fotokopie/Ablichtung (PDF) vorgelegt werden, muss jedoch eindeutig lesbar sein. Der Nachweis darf zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung nicht älter als 12 Monate sein.

Siehe **Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Nachweis 1.**

- PL2: Erklärung über das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen gemäß §§ 123, 124 GWB. Der Nachweis von Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB ist möglich.

Siehe **Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 3.1 (bzw. Vordruck 3.2).**

- PL3: Eigenerklärung zur Verordnung (EU) 2022/576 (Sanktionen Russland).

Siehe **Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 8.**

- PL4: Eigenerklärung zur Einhaltung über das Tariftreueversprechen

Siehe **Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordrucke 9 und 10.**

### **13.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

- WL1: Eigenerklärung über den Umsatz des Unternehmens aus vergleichbaren Leistungen in den letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahren

Sofern ein Unternehmen erst innerhalb der letzten drei Jahre gegründet wurde und daher noch keine drei abgeschlossenen Geschäftsjahre aufweist, legt es für die fehlenden Jahre eine Unternehmensplanung für die Zukunft unter Angabe der erwarteten Jahresumsätze vor.

**Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):**

Der Umsatz aus vergleichbaren Tätigkeiten muss in EUR (netto) für jedes der letzten 3 (drei) abgeschlossenen Geschäftsjahre mindestens 6 Mio. EUR betragen.

Siehe **Anlage A.1 Vordrucke und Nachweise (Eignung), Vordruck 6.**

### **13.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

- TL1: Es wird der Nachweis von Erfahrungen im Bereich der hier zu vergebenden Leistung durch Angabe von **mindestens drei** abgeschlossenen Referenzaufträgen in den letzten

zehn (10) Jahren mit Angabe der durchgeführten Leistungen gefordert, die nach Art, Umfang und Schwierigkeit, mit der hier zu vergebenden Leistung vergleichbar sind.

Die Referenz muss zum Nachweis der Vergleichbarkeit mindestens folgende Angaben enthalten:

1. Referenztitel
2. Auftraggeber  
*(Sollte der Auftraggeber aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).)*
3. Ansprechpartner inkl. Kontaktdaten (z.B. E-Mail, Telefonnummer)  
*(Sollte der Ansprechpartner aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht benannt werden dürfen, so genügt eine Kategorisierung des Auftraggebers (Industrie, andere Sektorenauftraggeber).)*
4. Kurzbeschreibung der ausgeführten Leistung, inkl. Nennweite und Druckstufe
5. Auftragsvolumen in EUR (netto)
6. Ausführungszeitraum (den Ausführungszeitraum monatsgenau angeben)

Um die Richtigkeit der gemachten Angaben zu gewährleisten, behält sich der Auftraggeber vor, die Referenzen nachzuprüfen.

Der Bewerber ist nur dann geeignet, wenn er mindestens die geforderten drei Referenzen aus „Vordruck 7 – Darstellung der Referenzen (TL1)“ vorweisen kann.

**Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss)**

Es sind mindestens **drei (3)** einschlägige (vergleichbare) Referenzen einzureichen.

Zugelassen werden nur Referenzen, die dieser nachfolgend genannten Vorgaben entspricht:

1. Gebäude (Rohbau und Ausbau) im Bereich Industriebau – Energieinfrastruktur
2. Hochbauarbeiten im Bereich Gasinfrastruktur

Siehe **Anlage A.1** Vordrucke und Nachweise (Eignung), **Vordruck 7**.

**TL2: Nachweise für folgende Zertifizierungen Mindestanforderung (Nichterfüllung führt zum Ausschluss):**

- Nachweis der Zertifizierung eines QM Systems durch DIN EN ISO 9001 oder vergleichbarer Norm im Bereich der angefragten Leistungen
- Nachweis der Zertifizierung eines Arbeitsschutzmanagementsystems durch DIN EN ISO 45001, SCC oder vergleichbarer Norm
- Nachweis der Zertifizierung eines Umweltmanagementsystems durch DIN EN ISO 14001 oder vergleichbarer Norm

- Nachweis der Zertifizierung eines Energiemanagementsystems durch DIN EN ISO 50001 oder vergleichbarer Norm im Bereich der angefragten Leistungen
- Nachweis Zertifikat Entsorgungsfachbetrieb gemäß §25 EfbV
- Nachweis Zertifikat Fachbetrieb nach Wasserhaushaltsgesetz (WHG)
- Gültiger Nachweis der Eignung zum Einbau von Beton mit höherer Festigkeit und besonderen Eigenschaften (Beton der Überwachungsklasse 2 und 3)

## 14 Zuschlagskriterien und Angebotswertung

Der Zuschlag wird – vorbehaltlich einer Aufhebung des Verfahrens – auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Dabei ist der Angebotspreis nicht allein entscheidend. Die Wirtschaftlichkeit wird anhand der nachstehend dargestellten gewichteten Zuschlagskriterien bestimmt, die in **Anlage A.3 Wertungsmatrix (Angebote)** beschrieben sind:

Zuschlagskriterium	Gewichtung in Punkten
Preis	75
Personal- und Abwicklungskonzept	25

Das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl erhält den Zuschlag.

Es wird in den quantitativen Zuschlagskriterien kaufmännisch auf die 3-te Nachkommastelle gerundet (Excelfunktion '=RUNDEN([Wertungsergebnis];3)').

### 14.1 Preis

Das im Vergleich kostengünstigste Angebot erhält die volle Punktzahl. Preislich höhere Angebote werden gemäß des Verhältnisses zum kostengünstigsten Angebot geringer bewertet. Das Verhältnis aus kostengünstigstem zu bewertetem Preis wird mit der maximal erreichbaren Punktezahl entsprechend der nachstehenden Formel multipliziert:

$$\text{Punkte für Preis} = \frac{[\text{kostengünstigster Preis}]}{[\text{bewerteter Preis}]} \times [\text{maximal mögliche Punktezahl}]$$

Für weitere Details zur Berechnung wird auf die **Anlage A.3 „Wertungsmatrix (Angebote)“** verwiesen.

## **14.2 Personal- und Abwicklungskonzept**

Das Personal- und Abwicklungskonzept wird einer fachkundigen Bewertung gemäß nachstehende Bewertungsschema unterzogen. Für dieses Unterkriterium können maximal 100 Punkte erreicht werden.

Für weitere Details wird auf die **Anlage A.3** „Wertungsmatrix (Angebote)“ verwiesen.

Es ist hierbei möglich auch mit halben und geviertelten Punkten zu bewerten, um eine angemessene Einordnung des Konzeptes sicherzustellen.

### **0 Punkte sowie Ausschluss**

Es wird kein Konzept eingereicht. Das entsprechende Angebot wird ausgeschlossen.

### **1 bis 20 Punkte**

Das Konzept ist unzureichend. Die Ausführungen sind nicht nachvollziehbar und/oder fachlich unzureichend begründet. Es fehlen stichhaltige Argumente oder Belege. Es ist nicht erkennbar, dass die geforderte Leistung erbracht werden kann, oder es ist erkennbar, dass sie nicht oder nicht innerhalb des festgelegten Zeitplans erbracht werden kann.

### **21 bis 40 Punkte**

Das Konzept ist nur unterdurchschnittlich und weist gravierende Lücken und/oder Ungereimtheiten auf bzw. lässt Schwächen in der Ausführung vermuten oder ist deutlich schlechter als bei anderen Angeboten. Die Ausführungen sind kaum nachvollziehbar. Die fachliche Fundierung ist unzureichend und/oder weist erhebliche Lücken auf. Es gibt erhebliche Zweifel, dass die geforderte Leistung in mehr als nur in geringem Umfang überhaupt und/oder innerhalb des festgelegten Zeitplans erbracht werden kann.

### **41 bis 60 Punkte**

Das Konzept entspricht den Anforderungen und Erwartungen im Mittelbereich. Die Ausführungen sind nachvollziehbar, jedoch bleibt die fachliche Fundierung schwach und/oder oberflächlich. Es gibt erkennbar Lücken in der Begründung oder in der methodischen Ableitung. Die geforderte Leistung kann in Teilen erbracht werden.

### **61 bis 80 Punkte**

Das Konzept übertrifft die meisten Anforderungen und Erwartungen. Die Ausführungen sind nachvollziehbar, und die fachliche Fundierung ist solide, aber nicht durchgängig tiefgehend. Es gibt vereinzelte methodische oder argumentative Schwächen, die jedoch die Gesamtbewertung nicht stark beeinträchtigen. Es ist erkennbar, dass die geforderte Leistung in großen Teilen erbracht werden kann.

### **81 bis 100 Punkte**

Das Konzept übertrifft alle Anforderungen und Erwartungen in hervorragender Weise. Die Ausführungen sind gut nachvollziehbar, und die fachliche Fundierung ist überzeugend und schlüssig. Relevante fachliche Methoden und Argumente sind angemessen dargestellt und belegt. Es ist erkennbar, dass die geforderte Leistung vollständig erbracht werden kann.

Die Berechnung der zuschlagswertungsrelevanten Punktzahl erfolgt wie folgt: Das Verhältnis aus erreichter Bewertungspunktzahl des Unterkriteriums wird mit der maximal möglichen Bewertungszahl entsprechend der nachstehenden Formel multipliziert:

$$\text{Punkte für technisches Konzept} = \frac{[\text{erreichte Bewertungspunktezahl}]}{[\text{maximal mögliche Bewertungspunktezahl}]} \times [\text{maximal mögliche Punktezahl}]$$

Für weitere Details zur Berechnung wird auf die **Anlage A.3** „Wertungsmatrix (Angebote)“ verwiesen.

## 15 Geheimhaltung

Sektorenauftraggeber dürfen nach § 5 Abs. 1 SektVO keine von den Unternehmen übermittelten und von diesen als vertraulich gekennzeichneten Informationen weitergeben. Dazu gehören insbesondere Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und die vertraulichen Aspekte der eingereichten Dokumente. Ausdrücklich zulässig ist die Weitergabe von Informationen an Berater des Auftraggebers, die von Berufs wegen zur Vertraulichkeit verpflichtet sind (Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und externe Rechtsanwälte).

Der Bewerber/Bieter wird aufgefordert, die Teile seines Teilnahmeantrags/Angebots, die ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis beinhalten, auf jeder betreffenden Seite deutlich zu kennzeichnen.

Geschieht dies nicht, können die Vergabestelle und die Rechtsbehelfsinstanz im Falle eines Rechtsbehelfsverfahrens von seiner Zustimmung auf Einsicht durch andere Verfahrensbeteiligte (z.B. andere Bieter) ausgehen.

Bei der gesamten Kommunikation sowie beim Austausch und der Speicherung von Informationen gewährleistet der Sektorenauftraggeber die Integrität der Daten und die Vertraulichkeit der Teilnahmeanträge und Angebote einschließlich ihrer Anlagen. Die Teilnahmeanträge und Angebote einschließlich ihrer Anlagen sowie die Dokumentation über deren Öffnung, Prüfung und Wertung werden auch nach dem Abschluss des Vergabeverfahrens vertraulich behandelt.

Im Gegenzug verpflichten sich die an dem Vergabeverfahren beteiligten Unternehmen, keine vom Auftraggeber übermittelten Dokumente und Informationen an Dritte weiterzuleiten und sämtliche erhaltene Dokumente und Informationen vertraulich zu behandeln.

Die Vergabestelle erhält – unter Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse des Bewerbers/Bieters – sämtliche Rechte an den eingereichten Unterlagen (Eigentumsrecht an den Unterlagen). Der Bewerber/Bieter stimmt mit der Abgabe seines Teilnahmeantrags/Angebots diesem Rechtsübergang zu.

## 16 Rügeobliegenheiten

Die Vergabeunterlagen müssen nach Erhalt/Download durch die interessierten Unternehmen auf Vollständigkeit und Lesbarkeit geprüft werden. Enthalten die Bekanntmachung, die Vergabeunterlagen oder die den Bewerbern/Bietern mitgeteilten, übergebenen und zugänglich gemachten Unterlagen oder sonstigen Informationen Unklarheiten oder verstoßen diese gegen geltendes Recht, so trifft die Bewerber/Bieter die Obliegenheit, die Vergabestelle unverzüglich darauf hinzuweisen. Anderenfalls können sie sich auf die Unklarheiten oder die Rechtsverstöße nicht berufen. Nicht aufgeklärte Unklarheiten haben die Bewerber/Bieter als von ihnen zu tragende Risiken in ihre Angebote einzukalkulieren.

Etwaige Verfahrensrügen sind eindeutig als solche zu kennzeichnen. Auf die Rügeobliegenheiten der Bewerber/Bieter nach § 160 Abs. 3 GWB wird ausdrücklich hingewiesen. Außerdem weist die Vergabestelle ausdrücklich auf die Rechtsbehelfsfrist des § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB hin. Danach ist ein Antrag auf Nachprüfung unzulässig, soweit nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, mehr als 15 Kalendertage vergangen sind.

§ 160 GWB lautet:

### **§ 160 GWB Einleitung, Antrag**

- (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein.*
- (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.*
- (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit*
  - 1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,*
  - 2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
  - 3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,*
  - 4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.*



## **17 Nachprüfungen**

Nach § 160 Abs. 2 GWB ist jedes Unternehmen befugt, einen Nachprüfungsantrag bei der zuständigen Vergabekammer zu stellen, dass ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht.

Zuständige Nachprüfungsinstanz:

Vergabekammer des Bundes  
Villemombler Straße 76  
53123 Bonn  
Fax: +49 228 9499 163  
E-Mail: [vk@bundeskartellamt.bund.de](mailto:vk@bundeskartellamt.bund.de)  
Telefon: +49 228 9499 0

## **18 Ergänzende Bestimmungen**

### **18.1 Nachforderung**

Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen nach § 51 SektVO nachzufordern. Die nachgeforderten Unterlagen sind von dem betroffenen Bewerber/Bieter innerhalb der vom Auftraggeber gesetzten Frist vorzulegen. Ein Anspruch auf Nachforderung besteht nicht.

### **18.2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen**

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen. Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen haben betroffene Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art sie wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden sind.

### **18.3 Nebenangebote**

Es sind Nebenangebote i.S.v. kaufmännischen Nebenangeboten i.S.d. §§ 27 Abs. 3, 33 SektVO möglich, siehe Nr. 2.4.

#### **18.4 Ausschluss**

Angebote, die nicht die in den Vergabeunterlagen geforderten Voraussetzungen/Bestimmungen erfüllen, werden ausgeschlossen. Ein Ausschluss erfolgt insbesondere in den in § 57 SektVO genannten Fällen.

#### **18.5 Entschädigung**

Eine Erstattung von Kosten/Aufwendungen bzw. eine Entschädigung für die Teilnahme an dem Vergabeverfahren wird nicht gewährt.

#### **18.6 Aufhebung des Verfahrens**

Insbesondere für den Fall, dass keine den Anforderungen des Auftraggebers entsprechenden Teilnahmeanträge oder Angebote fristgerecht eingehen, eine grundlegende Änderung der Vergabeunterlagen erforderlich wird oder andere schwerwiegende Gründe bestehen, bleibt die Aufhebung des Verfahrens vorbehalten (§ 57 SektVO). Die Vergabestelle wird die Bieter im Falle einer Aufhebung des Verfahrens unter Angabe der Gründe, gegebenenfalls über die Absicht, ein neues Vergabeverfahren einzuleiten, unverzüglich unterrichten.

#### **18.7 Einverständnis des Bewerbers/Bieters**

Mit der Abgabe eines Teilnahmeantrags/Angebots erklärt sich der betreffende Bewerber/Bieter mit allen Bestandteilen der vorliegenden Verfahrensbedingungen einverstanden.

Der Bewerber/Bieter sichert durch seine Beteiligung am Verfahren zu, dass für die Verarbeitung der in seinem Teilnahmeantrag und/oder seinem Angebot enthaltenen personenbezogenen Daten in Zusammenhang mit diesem Verfahren und der Vertragserfüllung die erforderliche Einwilligung der Betroffenen vorliegt. Eingetragen werden Name, Anschrift, Telefon, Telefax, E-Mail und Ansprechpartner. Nach Abschluss des Verfahrens werden diese Daten entsprechend den datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelöscht. Siehe insoweit die Hinweise zum Datenschutz (**Anlage A.4** Hinweise zum Datenschutz).

#### **18.8 Rücknahme von Teilnahmeanträgen/Angeboten**

Eine Rücknahme von bereits abgegebenen Teilnahmeanträgen/Angeboten ist bis zum Ablauf der Teilnahmefrist/Angebotsfrist durch Erklärung in Textform gemäß § 126b BGB möglich. Bis zum Ablauf der Frist zur Abgabe der Teilnahmeanträge/Angebote kann dann ein neuer Teilnahmeantrag/ein neues Angebot eingereicht werden.

\*\*\*\*\*